

23. Juli 1965
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/136

Bonn, den 20. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Das Leitbild Erhards</u>	75
	Obrigkeitsstaat - demokratisch aufgemacht Von Waldemar von Knering Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft	
3 - 4	<u>Nationale Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges</u>	96
	Langfristige Planungen zur Eindämmung der Hochwassergefahren sind vordringlich geworden Großer Hessenplan gibt ein Beispiel Von Herbert Bermeitinger	
4a	<u>Neuer Anfang</u>	26
	Vor den Abrüstungsgesprächen in Genf	
4a	<u>73 Jahre SPD-Mitglied</u>	28
	Beispielhafte Treue Zum Geburtstag von Max Tockus	
5	<u>Eduardo Frei Montalva</u>	52
	Ein sozialrevolutionärer Reformier Von Stephan G. Thomas	

+ + +

Das Leitbild Erhards

Vergangenheitsstaat - demokratisch aufgemacht

Von Waldemar von Knoeringer, Mitglied der SPD-Regierungskommission

Die so oft gehörte Frage nach dem Unterschied zwischen den Parteien, wird immer klarer beantwortet, je öfter der Bundeskanzler das Wort ergreift. Dabei meine ich nicht nur den politischen Amoklauf, in dem ihn eine verworrene und konzeptlose Politik getrieben hat. Dieses Ausschlagen nach allen Seiten, diese Beleidigungen der Intellektuellen der Heimkehrer, der Schülereltern, der Partei- und Verbandsfunktionäre das alles ist nicht nur schlecht für ihn und seine Partei; es ist unpolitisch, unsachlich und geistlos. Wir Sozialdemokraten könnten dabei zufrieden sein, denn der Bundeskanzler ist eifrig daran, uns die Wahlen gewinnen zu helfen. Dafür wird er sich genug Zurechtweisungen seiner Wahlstrategen anhören müssen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist sehr viel ernster. Sie berührt das fundamentale Problem unserer demokratischen Ordnung. Wenn wir die Forderungen nach einer Reform der Demokratie lesen, wie sie Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß jetzt ganz allgemein erheben, so werden wir hellhörig. Gewiss, auch wir erkennen die Notwendigkeit, die Formen der Demokratie an die sich rapide ändernde Gesellschaftsstruktur anzupassen. Aber - und das ist die Frage nach der Zukunft unserer Freiheit - wie soll reformiert, mit welchen Mitteln und zu welchem Ziel soll reformiert werden?

Wir hören das verdächtige Wort von der "Formierten Gesellschaft". Die Gesellschaft muß "in Form" gebracht werden. Der "Pluralismus ist überentwickelt". Der starke Einfluß der Verbände und Interessengruppen müßte eingedämmt werden. Die Legislaturperiode müsse verlängert werden "damit Regierung und Parlament ihre Entscheidungen unbeeinflusst durch Wahlen für ein weiteres Jahr treffen können". Wir hören, wie abwertend der Bundeskanzler von "der partierstern Ebene des kleinen Parteifunktionärs" spricht, wie er von außen her dem Parlament Zensuren erteilt: "Ausgabenflut, Wahlgeschenke".

Das sagt er nicht im Bundestag, wo er als verantwortlicher Chef der deutschen Regierung dazu verpflichtet wäre. Das sagt er draußen, dort wo er Stimmung macht gegen das Parlament und gegen die Demokratie. Er mag sie nicht, diese demokratischen Formen, die den Kanzler zwingen, sich vor dem höchsten Gremium der politischen Willensbildung auseinandersetzen zu müssen. Er mag sie nicht, diese Parteien, Interessengrup-

pen und Verbände, diese Funktionäre und Interessenvertreter, diese Spannungen und Gegensätze, diese Vielfalt von Meinungen und Interessen. Er will die Demokratie von oben, er will sie formieren, in Ordnung bringen, zu einem "harmonischen Ganzen", zu einer "Leistungsgemeinschaft", zu einem Volk, das vertrauensvoll und gut formiert der Obrigkeit folgt. Und in dieser Richtung soll sich die Reform der Demokratie vollziehen. Diese Richtung heißt nicht Ausbau, sie heißt Abbau der Demokratie, ihr liegt ein einseitiges, beschränktes Bild von den Möglichkeiten des Menschen zugrunde. Sie trauen ihm nichts zu, sie wollen ihn formieren. Die CDU-CSU hat kein theoretisches Konzept für ihre Demokratiereform und auch der Bundeskanzler schöpft aus seinen Emotionen. Aber in ihrem "dunklen Drange" glauben sie "sich des rechten Weges stets bewußt" zu sein. Hier liegt die große Differenz, die entscheidende Alternative der beiden großen Parteien.

Wir brauchen eine Reform der demokratischen Institutionen. Sie müssen immer angepaßt und funktionseffizient erhalten werden. Aber wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Demokratie. Wir brauchen eine Aufwertung der Opposition, eine Aufwertung der politischen Partei. Wir brauchen starke selbstbewußte Parlamente, wir brauchen demokratische Entscheidungen im Vorraum der Planung und wir brauchen eine Regierung, die regiert und einen Kanzler, der das Parlament und nicht die Wahlversammlung als Forum seiner Richtliniengebung betrachtet.

Wir brauchen Spannung und Ausgleich, das vielfältige Wirken von Kräften und Gruppen und die freie politische Willensbildung in unabhängigen - auch vom Staate unabhängigen - politischen Parteien. Wir brauchen politische Bildung als Kern aller Bildung in unserer Zeit. Und wir brauchen das ständige Bemühen um die Realisierung des demokratischen Prinzips auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, das heißt, die Demokratie als Lebensform.

Die Formel der freien Marktwirtschaft reicht nicht mehr aus, das spürt auch die CDU. Krampfhaft sucht sie nach neuen Ideen. Aber, was sie findet, sind nur brüchige Schablonen, neu aufpoliert und mit mystischen Zauberformeln verbrämt. Aus allen Ritzen, aus allen Gewändern schaut sie hervor, die gute alte Idee vom Obrigkeitsstaat, von "Ruhe und Ordnung als erste Bürgerpflicht, von der begnadeten Einsicht derer, "die da oben sitzen", die alte Idee vom Obrigkeitsstaat, demokratisch aufgemacht, das ist Ludwig Erhard, das ist die CDU.

Die Mobilisierung aller freiheitlichen schöpferischen Kräfte in unserem Volke, die demokratisierte Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, das ist die SED, per 19. September wird darüber entscheiden.

Nationale Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges

Langfristige Planungen zur Eindämmung der Hochwassergefahren

sind vorrangig geworden

Großer Hessenplan gibt ein Beispiel

Von Herbert Bermeitinger

Unüberschaubar erscheinen zur Stunde die Folgen der schweren Hochwasserkatastrophen, die sich zunächst in Süddeutschland, vor allem in Bayern, und am vergangenen Wochenende in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, Niedersachsens und Hessens ereigneten. Alarmierend wirkten die Ereignisse von vergangener Wochenende aber vor allem deshalb, weil es nicht nur gewaltige materielle Schäden gab, sondern auch Menschenleben den Naturereignissen zum Opfer fielen.

Länder, Kreise und Gemeinden, wohl auch eine große Zahl von solidarisch denkenden und handelnden Bundesbürgern werden jetzt zusammen mit dem Bund daran gehen, die materiellen Folgen der Katastrophen zu lindern, da unzählige Existenzen in Gefahr geraten sind. Diese Hilfsmaßnahmen sollen nicht gering geachtet sein. Aber zugleich muß jetzt, da in den Ländern die Bilanzen des sommerlichen Hochwassers gezogen werden, auch daran erinnert werden, daß es einfach nicht mehr länger hingenommen werden kann und darf, daß die Maßnahmen nur im Nachhinein erfolgen, daß nicht genügend unternommen wird, um den ständig sich wiederholenden Hochwassergefahren entgegenzuwirken. Denn die entscheidende Frage, die sich angesichts der jüngsten Katastrophen stellt, ist doch zweifelsohne diese: Wird eigentlich zum Schutze der seit Jahren immer wieder betroffenen Gebiete und der darin wohnenden Menschen wirklich genug getan, werden tatsächlich Mittel in ausreichendem Maße bereitgestellt, damit neue Talsperren und Rückhaltebecken gebaut, damit bedrohte Flußläufe beschleunigt saniert werden können?

Internationale Zusammenarbeit erforderlich

Landesparlamente und Landesregierungen sollten diese Fragen umgehend aufgreifen - und der Bund sollte koordinierend und unterstützend mitwirken, da vor allem die großen Projekte, die teilweise schon geplant sind, die Interessen mehrerer Länder berühren oder auch die finanziellen Kräfte eines einzelnen Landes überschreiten. Der Bund wird aber auch deshalb seine Dienste zur Verfügung stellen müssen, weil einige Großvorhaben eine internationale Zusammenarbeit erfordern dürften, etwa im Bereich der Donauebene und ihrer Nebenflüsse oder auch beim Bau des seit Jahrzehnten geplanten Bodensee-Regulierwerkes.

Wer im Hinblick auf entsprechende Förderungsmaßnahmen den Bundeshaushalt 1965 durchsieht, wobei besonders der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums infrage kommt, wird schwerlich befriedigt, geschweige denn davon überzeugt sein, daß das Höchstmögliche in der Vergangenheit getan worden ist. Ein aktuelles Beispiel aus dem Binnenland: Für den gesamten sogenannten "Alpenplan" sind vom Bund in den Haushaltsjahren 1962 bis 1965 jeweils 1,4 Millionen DM eingesetzt worden, die - neben Mitteln des Landes natürlich - für den Hochwasserschutz zu verwenden sind, vor allem auch zum Bau von Speicherbecken und zur Erweiterung natürlicher Becken und Seen, die die Hochwasserspitzen zurückhalten sollen. Darüber hinaus müssen die Mittel aber auch ausreichen für die Sanierung von Wildbächen und der Flußläufe im Voralpenland.

Wenn für das ständig von Hochwasser bedrohte Einzugsgebiet der Donauebene seit Kriegsende nur zwei größere Talsperren gebaut wurden, die übrige

gens gleichzeitig der Energiegewinnung und dem Hochwasserschutz dienen, so ist dies nicht gerade eine großartige Bilanz, auch wenn auf zahlreiche kleinere und mittlere Schutzmaßnahmen verwiesen werden sollte. Der Forggensee (Lech), der 1950/54 bei Püssen gebaut wurde, faßt 168 Millionen cbm, der Sylvensteinsee bei Bad Tölz, 1955/59 entstanden, faßt 80 Millionen cbm. Allerdings ist beim Bau der Sylvensteinsperre der Sokkel schon so gebaut worden, daß der Staudamm bei einer maximalen Stauhöhe von 201 m von jetzt 80 Millionen auf 1 Milliarde (!) cbm gebracht werden kann.

Mit den derzeitigen Bundeszuschüssen oder Darlehen ist aber an einen geschleunigten Ausbau des Sylvensteinsees kaum zu denken, obschon gerade dieses Projekt geeignet wäre, den Raum Deggendorf - Passau in besonderem Maße zu schützen. Eine Milliarde cbm Stauraum am Sylvenstein - das wäre etwa das Doppelte des Fassungsvermögens aller seit Kriegsende im ganzen Bundesgebiet neu gebauten Rückhaltebecken!

Auch im österreichischen und ungarischen Donaauraum bringt man gerade dieses Projekt großes Interesse entgegen. Diese Diskussion müßte aber vor allem im bayerischen Landtag intensiv weitergeführt werden.

Beweglicher Hessenplan

Die Regierung des Landes Hessen hat den Hochwasserschutz als eine der wichtigsten kurz- und mittelfristigen Gemeinschaftsaufgaben in den Großen Hessenplan 1964 - 1974 aufgenommen. Zur Eindämmung der durch Hochwasser drohenden Gefahren hält die hessische Regierung gegenwärtig neue Rückhaltebecken mit einem Fassungsvermögen von 130 Millionen cbm für notwendig. Bis 1974 soll dieser Fehlbedarf auf wenigstens 80 Millionen cbm vermindert werden. Da der Große Hessenplan nicht starr, sondern beweglich ist, ist Hessen in der Lage, aus der jüngsten Katastrophe im nördlichen Landesteil entsprechende neue Schlüsse zu ziehen. Im Augenblick steht jedenfalls der Bau von Rückhalteanlagen in den Niederschlagsgebieten Nidda und Schwalm (je 20 Millionen cbm) sowie der Ohm (15 Millionen cbm) im Vordergrund. Gleichzeitig sollen 160 km Flußläufe ausgebaut werden. Die im Großen Hessenplan vorgesehenen Projekte, die auch den Hochwasserschutz dienen, sind mit 320 Millionen DM veranschlagt, von denen das Land selbst 130 Millionen = 41 Prozent übernehmen wird.

Allein diese Zahl macht deutlich, welche Summen im ganzen Bundesgebiet noch in den Hochwasserschutz investiert werden müssen: Es geht um Hunderte von Millionen, es geht längerfristig sogar um Milliarden. Aber es geht vor allem auch - und daran hat das vergangene Wochenende erinnert - um den Schutz von Menschen, aber auch um die Erhaltung von Millionenwerten unserer Volkswirtschaft.

Katastrophen-Hilfsdienst ist ungenügend

Koch ein anderes, durchaus kurzfristig zu lösendes Problem hat die Katastrophe vom vergangenen Wochenende erkennen lassen: Für den Katastrophenfall sind die bestehenden Hilfsdienste nur ungenügend ausgestattet, vor allem das Technische Hilfswerk, aber auch militärische Einheiten, deren Angehörige nach besten Kräften geholfen haben. Aber es ist nicht haltbar, daß Rettungsschrauber erst bei den Feuerwehren Strickleitern anfordern mußten. Es darf aber auch nicht so bleiben, daß Rettungsschlauchboote nur über Paddelantrieb verfügen, daß zu den Rathäusern im Katastrophengebiet nur noch Botenverkehr besteht, wenn die Telefonleitungen unterbrochen sind. Wir müssen für den Naturkatastrophenfall besser gerüstet sein.

Neuer Anfang

Vor den Abrüstungsgesprächen in Genf

sp - Wieder schickt man sich in Genf an, das Abrüstungsgespräch in Gang zu bringen. Diesmal geht es vordergründig um die Frage, ob man zu einem Abkommen gelangen kann, mit dessen Hilfe die weitere Verbreitung von Atomwaffen ausgeschlossen werden könnte. Hauptinteressenten an den Verhandlungen sind die USA, die Sowjetunion und Großbritannien. Frankreich und China halten sich zurück, was bei China "normal" erscheint - es gehört bekanntlich nicht den Vereinten Nationen an -, bei Frankreich jedoch der allseits anerkannten Grundhaltung de Gaulles entspricht. Da man weder in Washington noch in Moskau und London daran glaubt, de Gaulle an den Verhandlungstisch bringen zu können, wird man in Genf wohl oder übel weiter auf der Stelle treten müssen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß andere Abrüstungsvorschläge in Genf verhandelt werden. Wieder einmal ist das Problem atomwaffenfreier Zonen in Gespräch. Neuerdings spielen hier außer Mitteleuropa und der Balkanzone auch Überlegungen eine Rolle, die den lateinamerikanischen Raum betreffen. Das Balkanprojekt wird besonders von Tito gefördert, die Idee einer atomwaffenfreien Zone findet Unterstützung in Warschau und Prag, während ein ähnliches Projekt in Lateinamerika sowohl von den Sowjets wie auch von den USA mit reservierter Sympathie betrachtet wird. Ohne daß es offen ausgesprochen wird, blickt man in Genf neuerdings wieder auf Bonn, weil man glaubt, daß hier der Schlüssel für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa liegt. Hoffentlich kann der vor kurzem von der Bundesregierung berufene "Abrüstungskommissar" jetzt mehr zu dieser Diskussion beitragen.

+ + +

Max Tockus - 73 Jahre SPD-Mitglied

sp - Das Parteihaus der SPD in Frankfurt/Main wird am kommenden Sonntag die Stätte einer ungewöhnlichen Ehrung sein. Sie gilt Max T o c k u s , einem Veteranen der Deutschen Sozialdemokratie. Er vollendet in diesen Tagen in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr. Dieses hohe Alter ist nur wenigen Begnadeten beschieden. Der Lebenslauf des 90-Jährigen hat bemerkenswerte Daten und Einschnitte aufzuweisen. Max Tockus, der gebürtige Breslauer, ist seit 73 Jahren Mitglied der SPD und seit 1897 Mitglied der Gewerkschaft. Die wechselvollen Zeitläufe von sieben Jahrzehnten vermochten seine Treue zu den Idealen seiner Jugend nicht zu erschüttern. Max Tockus, ein enger Freund Paul Löbes, war von 1905 bis 1933 Verlagsleiter der "Volkswacht" und viele Jahre auch immer wieder Stadtverordneter von Breslau. Die Älteren unter den Breslanern erinnern sich gern an diesen Mann, dem 1933 Schweres widerfuhr. Max Tockus fand als ein von den damaligen Machthabern Verfolgter Zuflucht in Karlsbad. Er wirkte in der Leitung des "Wexen Vorwärts", mußte 1935 jedoch abtreten. Dann wanderte er nach dem damaligen Palästina aus, von wo er 1948 nach den USA kam, bis er 1956 wieder nach Deutschland zurückkehrte. In Israel wie auch in den USA fristete er als Landarbeiter und Bäcker sein Leben, und dies in einem Alter, das einen Ruhestand rechtfertigt. Seinen Lebensabend verbringt dieser Veteran im jüdischen Altersheim in Frankfurt, hochgeachtet von seinen Mitbürgern und immer noch teilnehmend an politischen Geschehen. In Max Tockus Leben spiegelt sich die Geschichte der Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende; der Glaube an Werte, die unvergänglich sind, gab seinem Dasein Inhalt und Richtung und ließ ihn auch die schwersten Schicksalsschläge überstehen. Er gab ein selten gewordenes Beispiel von Treue zu sich selbst. Sein Ehrentag ehrt uns alle.

Eduardo Frei Montalva

Ein sozialrevolutionärer Reformier

Von Stephan G. Thomas

Es ist noch nicht ein Jahr her, als in den Kanzleien der westlichen Welt sorgenvoll die Konsequenzen erörtert wurden, was geschehen sollte, falls in den chilenischen Präsidentenwahlen im September 1964 ein von den Kommunisten gestützter Kandidat, ein erklärter Freund Fidel Castros, die Wähler gewinnen sollte, um in Lateinamerika einen neuen kommunistischen Brückenkopf zu errichten. Daß die Kommunisten geschlagen wurden und die demokratischen Kräfte einen Sieg davontrugen, ist das Verdienst des Mannes, der in diesen Tagen als chilenischer Präsident die Bundesrepublik bereist: Eduardo Frei.

Bereits als Student beginnt der gläubige Katholik die Postulate der katholischen Soziallehre mit der Wirklichkeit seines Landes zu vergleichen und aus den Unterschieden zwischen Legende und Wirklichkeit seine politischen Konsequenzen abzuleiten. Dort, in der frühen Universitätszeit der 30er Jahre, formen sich die Ideen zum politischen Tun, zur künftigen sozialrevolutionären Aktion. Jahrzehnte später wird Frei die Rolle der Universität aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als die Stütze bezeichnen, wo die "regierenden Eliten sich auf ihre geschichtlichen Wege und Umwege vorbereiten sollen, mit einer Vision von der Welt und unserer eigenen künftigen Amerikas. "Als er dann in der politischen Arena zur Verwirklichung seiner Vision antritt, heißt seine Lösung "Revolution zur Freiheit". Damit von vornherein die Fronten klar sind, erklärt er, daß es beim Kampf gegen das Eindringen antidemokratischer Ideologien notwendig ist, gegen die Ursachen anzugehen, die ein solches Eindringen überhaupt möglich machen, nämlich: Armut, Analphabetentum und eine gerechte Verteilung des Reichtums. Es gilt also nicht nur, die Gefahr des Kommunismus zu bannen, etwa von den kleinbürgerlichen Positionen der Defensive. Frei geht es darum, mit den offensiven Mitteln der Demokratie eine echte soziale Demokratie zu verwirklichen, und um das zu können, muß der Kampf gegen die Privilegien der herrschenden Feudalcliquen und gegen den konservativen Immobilismus der Oligarchien aufgenommen werden.

Unter diesem Vorzeichen geht er konsequent seinen Weg zur Macht. 1961 folgen ihm 23 Prozent der Wähler, im September 1964 sind es 54 Prozent. Im März 1965 erhält seine Partei von den 147 Sitzen des Parlaments 82 Mandate. Nun ist der Weg frei für den sozialrevolutionären Reformier, der beginnt, auf dem Boden der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie weitgehende Reformen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens zu vollziehen.

Die Partei Freis nennt sich "christlich-demokratisch". Man darf allerdings keine deutschen Maßstäbe daran anlegen. Bei Frei bedeutet das "C" ein "C" der Apostel, und es gibt nichts Gemeinsames mit der restaurativen und immobilen Konservatismus einer "Permierten Gesellschaft". Der chilenische Präsident wird bei seiner Reise durch Deutschland auch mit den fortschrittlichen Kräften der Bundesrepublik in Berührung kommen. Hier vor allem wird er die Sympathie und Solidarität spüren, die seinem Reformwerk entgegengebracht werden. Im geteilten Deutschland, das ständig mit der kommunistischen Gefahr konfrontiert ist, weiß man mehr als in jedem anderen Lande Europas von der Interdependenz und den Fernwirkungen, die von dem Erfolg der Reformen Eduardo Freis in Lateinamerika ausgehen. Sie helfen auch uns, die demokratischen Kräfte zu stärken. Diese Interdependenz sollte uns in der Bundesrepublik verpflichten, Frei noch stärker zu stützen. Es lohnt sich, von der geschichtlichen Perspektive betrachtet für beide Teile: für Chile und Deutschland, für Lateinamerika und Europa.